

VON JOSEF BRAUN

# »Bittsteller der Demokratie«

**V**ielen Projekten und Vereinen, die sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen, wird im Jahr 2020 der Geldhahn zugekehrt. In Sachsen werden beispielsweise zwölf von 18 Projekten aus dem Programm »Demokratie leben« zukünftig nicht mehr gefördert. Anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen wird die Gemeinnützigkeit aberkannt. Wie kann das sein?

Als eine Lehrerin an einer Grundschule im Erzgebirge mit ihrer Klasse im Unterricht das »Tagebuch der Anne Frank« lesen will und eine Exkursion ins KZ Buchenwald plant, protestiert ein großer Teil der Eltern. Begründung: Das Buch sei veraltet, man wisse ja gar nicht, ob das wirklich alles so war. Als einer der wenigen Leipziger Juden, die die Nazizeit überlebt haben, am Denkmal der Synagoge in der Gottschedstraße steht, laufen zwei Männer vorbei, zeigen den Hitlergruß und beschimpfen den Senior. In Wurzen wird eine schwangere Eritriäerin von zwei Personen angegriffen und geschlagen, in Sebnitz bei Dresden verprügeln Jugendliche ein 11-jähriges Mädchen – wegen seines Kopftuches. Diskriminierender Populismus greift um sich, Fälle rechter Gewalt stiegen in den letzten Jahren deutlich an. Für 2019 vermeldete der Verfassungsschutz 32.200 Personen, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden können. Das ist eine Steigerung von einem Drittel gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Was kann eine Gesellschaft dagegen tun? Bildung sei die Antwort, sagen viele – und eine aktive wie konkrete Förderung des demokratischen Gedankens.

Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen, dann ist das ein Fall für Staatsanwaltschaft und Polizei. Bei der Ausbreitung von Populismus, Diskriminierung, Intoleranz und autokratischem Denken sind es jedoch vor allem zivilgesellschaftliche Akteure, die aufklären, informieren und sich für Veränderung einsetzen. Diese sehen sich vermehrt schwierigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt – und sogar in ihrer Existenz bedroht.

Nach Jahren kontinuierlicher Förderung verkündete das Bundesfamilienministerium, sein Programm »Demokratie leben« neu aufzustellen. Seit 2014 unterstützt dieses Kommunen und Modellprojekte im Bereich Demokratiewerk. Also genau jene Menschen, die sich den Rechten und deren Ideologie entgegenstellen. Mit der neuen Förderperiode werden viele Projekte aber keine Gelder mehr erhalten – eine Tatsache, die gerade in Sachsen für Protest sorgt. In einem offenen Brief forderten im November 2019 zahlreiche Vereine und Initiativen eine Nachbesserung der Pläne. Darin heißt es: »Wir als Modellprojekte im Bundesprogramm »Demokratie leben« sind mit unserer politischen

Bildungsarbeit ein wichtiger Teil. Wir klären auf, wir stiften Teilhabe, wir empowern und wir stehen beruflich und ganz persönlich für demokratische Werte in einem zunehmend autoritären, feindlichen Klima ein.«

Das Demokratiezentrum Sachsen ist Teil des Bundesprogramms und angeschlossen an das Ministerium für Gleichstellung und Integration. Es dient der Vernetzung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Sachsen und unterstützt deren Arbeit. Außerdem sammelt es Daten rund um die Demokratieförderung im Bundesland. Auf *kreuzer*-Anfrage zum aktuellen Stand heißt es aus dem Zentrum, dass in Sachsen von bisher 18 geförderten Modellprojekten ab 2020, nach aktuellem Kenntnisstand, nur sechs bestehen bleiben werden. Dabei werden die Mittel nicht direkt gekürzt – sie werden jedoch anders verteilt. Zum Beispiel werden die Gelder aufgestockt, die statt vom Bund zukünftig von den Kommunen verteilt werden.

Die Unterzeichner des Offenen Briefs sehen diese Entscheidung kritisch. Sie befürchten, dass die Kommunen unter dem Druck »extrem rechter Politiker\*innen« Förderungen anders vergeben könnten als der Bund. »Zivilgesellschaftliche Projekte« würden so »nicht nur angefeindet, sondern in ihrer Existenz bedroht«, schreiben sie.

## Lokale Entscheidungsträger

Petra Cagalj Sejdi arbeitet bei Romano Sumnal. Der Leipziger Verein ist die einzige Selbstorganisation von Sinti und Roma in Sachsen. Cagalj Sejdi kennt den ewigen Kampf um Fördermittel nur zu gut. »Gerade gegen Ende des Jahres ist es immer schwierig. Dann laufen Projekte aus und man weiß nicht genau, wie geht es jetzt weiter«, berichtet sie.

Als Kooperationspartner war Romano Sumnal eng vernetzt mit dem Modellprojekt »Roma Respekt«. Von 2016 an war das Projekt Teil von »Demokratie leben«. Sein Ziel: die Selbstorganisation von Sinti und Roma in Sachsen zu stärken. Dafür erarbeitete es beispielsweise einen eigenen Radiosender. Jetzt wird es aufgelöst. Der Sprung auf die Förderliste hat nicht geklappt, und das trotz neuem Konzept. »Grundgedanke war, dass wir in Zukunft als gleichberechtigte Partner mit der Heinrich-Böll-Stiftung, die das Projekt initiiert hatte, zusammenarbeiten«, erklärt Cagalj Sejdi. »Das wäre ein großer Schritt für uns gewesen. Wie viele Projekte von Minderheiten oder Migranten wurde es aber abgelehnt.« Auch Cagalj Sejdi äußert Bedenken gegenüber den Kommunen: »Für uns und unser Thema ist es in Sachsen schwierig, weil wir natürlich in den kleineren Orten oder auch anderen Städten lokale